



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

L.: Die zweite Woche des deutschen Reichstags.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sondern eine außerordentliche Vergünstigung der Natur. Die Franzosen, insbesondere die Regierung, haben wenig oder nichts gethan, um den Glanz der Ausstellung zu erhöhen. Daß sie über alle Maßen glänzend ausgefallen ist, ist nicht das Verdienst Frankreichs, sondern der fremden Aussteller, die noch einmal dem Sirenenruf von der Seine gefolgt sind.

Es läßt sich sogar noch weiter behaupten, daß die Franzosen durch ihre Weltausstellung eine Niederlage erlitten haben, insofern nämlich, als ihre Rückschritte in Kunst und Kunstindustrie, ihr Marasmus auf vielen Gebieten, auf denen sie sonst unbeschränkte Herren waren, durch die Weltausstellung von 1878 Jedermann augenfällig geworden ist. Das thatkräftige England einerseits und das strebsame Oesterreich andererseits haben ihnen die Herrschaft auf dem Gebiete der Kunstindustrie entrißen, und selbst in der Bronzetechnik, die noch am ehesten auf ihrer alten Höhe steht, drohen ihnen die Japaner über den Kopf zu wachsen.

Dieses eine Fazit läßt sich also schon jetzt ziehen: die Alleinherrschaft Frankreich's in Kunst und Kunstindustrie hat einen mächtigen Stoß erhalten. Allmählich bereitet sich der Sieg des germanischen Geistes über den romanischen vor. Hoffen wir, daß er nicht allzulange auf sich warten läßt und daß sich die wirthschaftlichen Verhältnisse in unserem Vaterlande bis dahin so weit gebessert haben werden, daß auch Deutschland an diesem Siegesfeste Theil nehmen kann.

Die zweite Woche des deutschen Reichstags.

Die Woche, welche nach Eröffnung des Reichstags verfließen mußte, bevor dieser an die große Aufgabe herantreten konnte, für welche er gewählt und berufen worden, erschien schon allzulang in Anbetracht der Spannung und Ungeduld, mit welcher der größte Theil der Bevölkerung dem Schicksale der Sozialistenvorlage entgegensteht. Die hohe Bewegung, in welche seit vier Monaten alle Parteien versetzt worden, die ganze Hitze der Wahlbewegung, die Hoffnungen der Geängsteten wie die ruhigen Erwägungen einsichtiger Politiker: Alles zielte zunächst auf die wirkliche Inangriffnahme eines Gesetzesentwurfs, welcher den unter allen Umständen nothwendigen Schutz für Staat und Gesellschaft bringen und wie ein furchtbares Wetter die staatliche Atmosphäre von tödtlichen Miasmen zu reinigen bestimmt ist.

Wenn es überhaupt thunlich gewesen wäre, wir würden es für erspriech-

licher, für praktisch fördernd gehalten haben, der Reichstag hätte sich am 16. September, ohne vorherige Generaldebatte, gleich an die Verathung der einzelnen Punkte des Entwurfs „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ begeben. Nach den wochenlang mit aller Breite in der Presse und in den Reden der Wahlkandidaten stattgehabten Erörterungen über die in Betracht kommenden Grundsätze und Gesichtspunkte war eigentlich vorauszu-
zusehen, daß in der allgemeinen Verathung vom 16. und 17. September nicht viel Neues vorgebracht werden könne; ja mehr noch: es stand von vorn-
herein zu vermuthen, daß viele der grundsätzlichen Punkte und Bedenken, deren Behandlung für die allgemeine Verathung des Reichstags wieder in sicherer
Aussicht stand, eines recht faßbaren Inhalts, ja der Existenzberechtigung fast
entbehrten, bevor nicht das Einzelne des Entwurfs gemeinschaftlich von Volks-
vertretern und Regierungsbevollmächtigten geprüft und aufrichtig nach den
besten Mitteln gesucht worden, nur die genannten Feinde des Staats, diese
aber mit aller Schärfe zu treffen. Indes die Generaldebatte war natürlich
aus sonstigen Gründen nicht zu umgehen und man durfte in ihr viel Kampf
gegen Windmühlen sowie neuen Stoff zur Erbitterung unter den Parteien
erwarten. Ersteren hat sie denn auch reichlich, letzteren infolge zeitgemäßer
Zurückhaltung gewisser Parteiführer weniger zu Tage gefördert, im Uebrigen
aber zur erfreulichen Klarstellung einiger Punkte geführt.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Art, wie der zum ersten-
male im Reichstage auftretende Stellvertreter des Kanzler's, Graf Stollberg,
die Vorlage einführte, durchaus angemessen war. Kurz, scharf und gleich auf
die Mitte der Sache weisend, das war des Gegenstandes und des zu vertre-
tenden Kanzlers am würdigsten. Stollberg's Erklärung schnitt sofort einige
der vornehmlichsten Einwände ab und es verdient alle Beachtung, daß er ohne
weiteren Anlaß die Pflicht des Staats proklamirte, der auf anderen Gebieten
liegenden schwierigsten Arbeit zur Heilung des sozialen Uebels sich zu unter-
ziehen. Auch wurde durch die Redewendung des Vizekanzlers festgestellt, daß
die Regierungen durchaus nicht glauben, mit ihren Vorschlägen das allein
Richtige gefunden zu haben; sie scheinen hiernach vielmehr gern bereit, es
durch Zutreffenderes zu ersetzen, nur halten sie lediglich Waffen von der Art
der vorgeschlagenen, nämlich scharfe und wirksame, für erfolgreich. Stoll-
berg's Warnung vor der Schädlichkeit halber Maßregeln traf den Kern
derjenigen Erwägungen, welche bei dem wahrscheinlich zur Entscheidung be-
rufenen Lascker'schen Theile der Nationalliberalen vermuthlich eine große Rolle
spielen werden.

Es ist immerhin gut, daß eine Mehrheit von Rednern gegen das Gesetz
zum Worte gelassen wurde. So ist man wohl sicher, daß ziemlich alle Ein-

wände zum Ausdruck gelangten. Die Mehrzahl aller Redner, auch derer, welche für das Gesetz sprachen, hat sich, nach Lage der Dinge, vorwiegend in allgemeinen Redewendungen ergehen müssen. Hierdurch wurde zwar zu einer stattlichen Inszenirung beigetragen, die Sache selbst aber kaum weiter geführt. Hierauf können nur einige Stellen der Rede Bamberger's Anspruch machen, in denen er Einzelheiten des Entwurfs berührte. Die Ausführungen von Dollfuß, welcher auf die heilsamen Wirkungen der im Elsaß zu Gunsten der Arbeiterbevölkerung getroffenen Einrichtungen hinwies, waren für die jetzige Verhandlung, so zu sagen, viel zu sachlich, weil es sich dormalen vorerst um etwas ganz anderes handelt. Hat der Staat erst die faule Brut erstickt, dann werden unter den Erwägungen, wie für das Wohl der Arbeiter positiv zu sorgen ist, jene humanen, bloß vom Opfersinn Privater hervorgerufenen segensreichen Einrichtungen gewiß eine große Rolle spielen können.

Der tiefe Widerstreit, welcher unleugbar den Vaterlandsfreund gegenüber der großen Aufgabe des Augenblicks bewegt, zog begreiflich auch in den Reden der Abgeordneten die tiefsten Furchen. Auf der einen Seite die Einsicht in die Nothwendigkeit entschiedenen Einschreitens, auf der anderen die Ungewißheit, ob nicht durch Absicht oder Ungeßchick der vollziehenden Gewalt, die Freiheiten auch für die übrigen Staatsbürger in Gefahr gerathen würden. Gegen eine solche Gefährdung läßt sich im Grunde keine unbedingte Sicherheit gewähren, weder durch Personen, noch durch Bestimmungen, selbst wenn deren Fassung auch auf das Künstlichste gedrechselt wird. Dennoch aber kann für den Reichstagsabgeordneten, der wirklich die volle Größe der von der Sozialdemokratie drohenden Gefahren erkannt hat, kein Zweifel mehr obwalten: er muß, so schwer es ihm auch nach seiner Vergangenheit und den unter anderen Verhältnissen gebildeten Grundsätzen fallen mag, in freier Willkür jenem Risiko sich unterziehen, weil dieses ohne Frage das kleinere Uebel und doch wahrscheinlich in den meisten Fällen ein nur imaginäres ist. Auf die Gefahr hin, auf's Höchste verkehrt zu werden, behaupten wir: Der Zweck des Gesetzes würde am besten erreicht, wenn es möglich wäre, außerordentliche Vollmachten in diskretionärer Weise einer Vertrauensperson zu übertragen; je mehr Garantien und Kautelen, um so größer die Wahrscheinlichkeit, daß verderbliche Elemente der fraglichen Art dem vernichtenden Schläge entweichen. Indes dazu ist keine Aussicht und es gilt eben, sich in Auffindung von Fassungen abzumühen, auf Grund deren die Zustimmung des Reichstags zu den möglichst scharfen Maßregeln zu erlangen ist. Es ist begreiflich, daß die hierin liegenden Schwierigkeiten und theilweisen Widersprüche von den gegnerischen Rednern weidlich zum Anlaß für Angriffe gegen das Ganze des Entwurfs gemacht wurden.

Das Bezeichnende für alle diese Redner besteht darin, daß sie sich nicht zu dem Kraftentschlusse aufzuraffen vermochten, welchen die Lage so gebieterisch fordert. Sie zeigten sich nicht durchdrungen von dem Außerordentlichen des jetzigen Zustandes und bewahrten den Horizont wie unter normalen Verhältnissen. Sowohl der erste Redner am 16. als der erste am 17. September, Reichensperger und Hänel, Vertreter so verschiedener Richtungen, erkannten die von der Sozialdemokratie drohenden Gefahren vollkommen an, wußten aber, der eine nur ein offenbar ganz unzureichendes, der andere gar kein Mittel gegen die Gefahren anzugeben. Der Vertreter des Zentrums, welches eben erst bekundet, daß es aus reichsfeindlichen Gründen auch über die Grenzen des Kulturkampfes hinaus die Rolle eines Vertheidigers bürgerlicher Freiheiten fortzuspielen für räthlich hält, wetteiferte mit dem Fortschrittsmann in der Abwehr aller Freiheitsbeschränkungen, betonte den Mangel jener Garantien und ging mit Uebereifer in Ausmalung der durch den Ausdruck „Untergrabung“ der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung drohenden Gefahren weit über sein eigenes Ziel. Abhülfe sieht Reichensperger nur durch das Christenthum; daneben dämmert es ihm aber doch, daß dies nicht das erste sein kann, womit man Denjenigen gegenüber zu treten hat, welche auf denselben Ruf, als er von den jetzt glücklicherweise seligen Christlichsozialen erhoben wurde, mit Massenaustritt aus der Landeskirche antworteten; er will daher eine Ergänzung des Strafgesetzbuchs dahin, daß auch die Aufstellung der Revolutionstheorie strafbar sein soll. Da wurde selbst dem konservativen Abgeordneten von Helledorf der Hinweis leicht, daß ohne Präventivmaßregeln dem Uebel gar nicht zu steuern ist. Derselbe hatte auch vollkommen recht mit seiner Mahnung, daß in allen Berufsständen eine Hebung des sittlichen Ernstes sehr noth thue; an dieser Stelle war das jedoch nur akademischer Vortrag, ebenso wie seine Vorschläge gewisser politischer Reformen.

Was Hänel betrifft, so ließen sich zwar wieder einige seiner Brusttöne bewundern, größer aber ist, selbst nach allem Früheren, noch unsere Verwunderung über seine bis zum Erschrecken unpraktische Richtung. Sollten wohl wirklich Hänel's Berliner und Kieler Wähler der Meinung sein, daß sie aus grundsätzlicher Achtung vor dem Rechte des Banditen auf bürgerliche Freiheit, selbst dann zur raschen Nothwehr gegen denselben nicht schreiten dürften, wenn dessen Hand sich bereits nach ihrer Kehle ausstreckt? Es mag im Allgemeinen nicht ohne Werth sein, daß sich auch ein Hecht des puren „Idealismus“ im Karpfenteiche praktischer Gesetzgeber befindet, um diesen stets als warnendes Beispiel für etwaige Anwendungen ähnlicher Art zu dienen; es ist aber eine geradezu betrübende Erscheinung, daß der Führer des sogenannten Fortschritts mit dem Anspruche hohen Ernstes und tiefer sittlicher Entrüstung über

Anderzdenkende den Grundsatz aussprach, selbst der unmittelbar drohenden Gefahr gegenüber seien Ausnahmsmaßregeln unstatthaft. Der sonst von allen Seiten verlassenen Sozialdemokratie hat Hänel augenblicklich den werthvollsten Dienst geleistet, ihre Lehre und Bestrebungen als gleichberechtigt mit wissenschaftlichen, religiösen und politischen Lehren hinzustellen, sie selbst durch Vorkommnisse der letzten Zeiten möglichst zu entschuldigen und emphatisch zu fragen: „Wer hebt den ersten Stein gegen die sozialdemokratische Bewegung?“ Der den ganzen Entwurf kennzeichnende Hinweis des Kanzler's, daß wir nicht riskiren wollen, am Ende unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen zu existiren, war die einzig passende Antwort auf die Rede Hänel's.

Als Vertreter der Sozialdemokratie hat Herr Bebel am 16. September seine Rolle wohl ausgefüllt. Er trat, unter Befleißigung großer Mäßigung, mit der ganzen Siegeszuversicht eines verrannten Fanatikers auf, der da weiß, daß Hunderttausende hinter ihm stehen, und wußte mit vielem Geschick seine Partei als harmlos, als unschuldig verfolgt und als die allein ehrenhafte hinzustellen, welche an nichts weniger als an gewaltsamen Umsturz denke. War denn aber das nicht derselbe Herr Bebel, der am 25. Mai 1871 im Reichstage die Pariser Kommune verherrlichte und „Krieg den Palästen!“ rief? Die Unschuldsmiene hielt denn auch nicht ganz vor, die Drohung mit den durch das Gesetz brodlos werdenden Arbeitern ließ das wahre Gesicht durchscheinen; ebenso seine prahlerische Schilderung der großartigen Organisation seiner Partei, auf Grund deren man ihr nicht werde an den Kragen kommen können. Das Meiste schien er sich von Enthüllungen über Vorgänge zu versprechen, aus welchen hervorgehen sollte, daß die preussische Regierung, insbesondere Fürst Bismarck, die Sozialdemokratie früher unterstützt habe. Gründlicher ist aber wohl selten jemand abgeführt worden, als Herr Bebel mit diesen offenbar nur auf Skandal berechneten Klatschereien. Wir danken es dem Kanzler, daß er sich alsbald herabließ, diese kleinlichen Anschuldigungen zu zertreten. Sie hätten sonst noch viel zur Herabsetzung der Regierung ausgebeutet werden können. Die heitere Laune, mit welcher der Kanzler die mit Lügen aufgeputzten Erzählungen auf ihr nichts zurückführte, übertraf diese selbst hundertfach an feuilletonistischer Unterhaltung. Als der Sozialdemokrat Brake aus Braunschweig noch einen Versuch machte, die Ziele seiner Partei als harmlos hinzustellen, fand derselbe keine Aufmerksamkeit mehr, selbst als alles, was zu ihrer Vertheidigung vorgebracht wurde, nur zu ihrer Belastung ausschlug. Schade, daß nicht ein Redner sich der Mühe unterzog, aus sozialdemokratischen Blättern bis auf die neueste Zeit das Ziel des gewaltsamen Umsturzes nachzuweisen. Was Minister Eulenburg und der Kanzler in dieser Beziehung anführten, war nur wenig.

Wenn der greise Kleist-Nechow das ganze Gebahren der Sozialdemokratie

als versuchten Hochverrath kennzeichnete, so trug er in seiner polternden Lebhaftigkeit zur Weiterführung der Sache das Wenigste bei; wohl aber that dies v. Kardorff, indem er die Freundschaft der Freikonservativen den Nationalliberalen wieder antrug. Für das Verhalten der letztern muß es als günstige Vorbedeutung erscheinen, daß gerade Bennigsen und Lasfer, trotz der Provokationen Hänel's, offenbar mit großer Absicht diesmal geschwiegen haben; den großen Fehler, welchen sie im Mai durch Verwerfung von Ausnahmsmaßregeln begingen, scheinen sie nun endlich wenigstens durch Schweigen anerkannt zu haben. So konnte denn diese Partei durch niemanden besser vertreten werden, als durch Bamberger, dessen eingehende Studien mit der vorliegenden Frage bekannt sind. Mit der Entdeckung desselben, daß es sich eigentlich nur um ein fachliches Ausnahmegesetz handele, nicht um eins gegen Personen, erscheint die Befehrung der nationalliberalen Mehrheit, welche beim Hödelgesetz von den Grundsätzen der Partei abwich, leidlich beschönigt. Ob die jetzigen Hauptforderungen der letzteren, Zeitbeschränkung des Gesetzes und Schaffung einer Revisionsinstanz, welche mehr Garantie als die von den Regierungen vorgeschlagene bietet, geeignet sind, den Weg zur Verständigung zu ebnen, kann sich erst in der Kommission zeigen.

Vorläufig kann man nur froh sein, daß das Gesetz wenigstens nicht wieder von der Schwelle abgewiesen ist; sein Schicksal ist aber noch in vollster Schwebelage, der Ausgang der Krisis noch in Nebel gehüllt. Nicht ohne Besorgniß sehen wir, daß Lasfer in der Kommission große Thätigkeit entfaltet. Die Kommission hat sich zwar über eine Anzahl Paragraphen verständigt, zugleich aber haben einige ihrer Verhandlungen schon die großen Schwierigkeiten offenbart, welche noch zu überwinden sein werden, um über andere Punkte brauchbare Bestimmungen zu Stande zu bringen. Wir wollen, da bis jetzt keine erhebliche Differenz mit den Regierungen hervorgetreten zu sein scheint, das Beste hoffen; aber noch sind wir nicht sicher, daß Doktrinarismus, kleinlicher Gesichtskreis und Mißtrauen uns in nächster Woche nicht mißliche Ueberraschungen in der Behandlung der großen Frage bereiten. Uebrigens ist in der Kommission eine allseitig große Scheu vor dem Scheitern des Gesetzes bemerkbar. Selbst die Herren des non possumus, Zentrum und Fortschritt, lassen sich zu Amendements herbei.

Berlin, 22. September.

L.

Zur Beachtung.

Mit dem **40. Hefte** begann diese Zeitschrift das IV. Quartal ihres 37. Jahrgangs, welches durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen ist. Preis pro Quartal 9 Mark.

Privatpersonen, gesellige Vereine, Lesegesellschaften, Kaffeehäuser und Konditoreien werden um gefällige Berücksichtigung derselben freundlichst gebeten.

Leipzig, im September 1878.

Die Verlagsbuchhandlung.

Verantwortlicher Redakteur: **Dr. Hans Blum** in Leipzig.

Verlag von **F. S. Herbig** in Leipzig. — Druck von **Hüthel & Herrmann** in Leipzig.